

Arbeitsplätze statt Profite

Jedes Jahr verabschiedet die Regierung nun schon mit einer gewissen Regelmäßigkeit einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Schon alleine daran, daß in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen, sondern im Gegenteil noch weiter bis zu Rekordmarken über 300.000 im Winter gestiegen ist, erkennt man aber die Wirkungslosigkeit dieser Konzepte. Auch der „Nationale Aktionsplan“ entpuppt sich dabei nach genauer Betrachtung als nichts anderes, als eine große Seifenblase.

von Ali Kropf
SOV Wien Mitte

Als Alibiaktion gegen die hohe Arbeitslosigkeit forderte die EU ihre Mitgliedstaaten auf, nationale Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erstellen. Die österreichische Regierung und die Sozialpartner einigten sich gerade noch rechtzeitig um am großen „Preis aus schreiben“ teilzunehmen. Denn gemessen werden die Konzepte nicht nach ihrer Umsetzung, geschweige denn Wirkung, sondern an den darin enthaltenen Versprechen. Vor diesem Hintergrund ist es auch gar nicht weiter verwunderlich, daß es im österreichischen „Nationalen Aktionsplan“ – kurz NAP - keine Beschäftigungsgarantien gibt. Auch sind so ziemlich alle Forderungen der Gewerkschaft, wie der Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung, Teilzeitkarenz, Reduzierung der Arbeitszeit von Eltern bis zum Schuleintritt ihrer Kinder und die Ausdehnung der Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen sang- und klanglos gestrichen geworden.

100.000 neue Jobs?

Das Hauptziel des NAP ist es 100.000 (!) neue Arbeitsplätze bis zum Jahr 2002 zu schaffen. Dabei bleibt die Frage, wie denn das geschehen soll, völlig ungeklärt. Im wesentlichen stützt sich nämlich diese Zahl auf ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von jährlich 2,5%. Weitere Begründungen sucht man aber vergebens. Ganz im Gegensatz dazu steht eine Prognose des „Instituts für Wirtschaftsforschung“. Dort wurde errechnet, daß in den nächsten Jahren im Textil- und Bekleidungs- bereich etwa 23.000, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

5.000, in der Grundstoffproduktion 15.000 und im Baugewerbe ebenfalls nochmals 15.000 Arbeitsplätze verlorengehen werden. Summa Summarum macht das 58.000 (!) Arbeitsplätze. Damit bleiben „nur“ noch ganze 42.000 neue Arbeitsplätze für die derzeit offiziell gemeldeten 260.870 Arbeitslosen über.



Fast 20 Millionen sind in der EU offiziell (!) ohne Job

Ein wenig konkreter wird das ganze dann wieder bei der Frage, wo denn diese 100.000 Arbeitsplätze entstehen sollen: 20.000 durch „arbeitsmarktpolitische“ Maßnahmen und 80.000 im Dienstleistungsbereich.

Zauberwort „Dienstleistung“

Nun ist das aber genau jener Bereich, in dem es die meisten prekären Arbeitsverhältnisse gibt und über die Qualität der „neuen“ Arbeitsplätze wird im NAP kein Wort verloren. Daher ist zu befürchten, daß es sich dabei auch überwiegend um „McJobs“ handeln wird. Alleine 28.000 Arbeitsplätze sollen bis zur Jahrtausendwende im Pflege- und Gesundheitsbereich entstehen. Nun, nach den Kürzungen durch die Belastungspakete und den Einsparungen

im Sozialbereich, scheint es auch hier mehr als fraglich zu sein, wie die Regierung auf solche Zahlen kommt. Noch dazu ist die Tendenz dem genau entgegengesetzt. Denn die Arbeitslosigkeit ist im Gesundheitsbereich alleine im Vergleich zum Jahr 1997 um 12% und im Dienstleistungsbereich allgemein sogar um 14,4% gestiegen!

Die große Lehrlingsoffensive?

Nachdem Berechnungen der Sozialpartner zufolge heuer wieder 40.000 Jugendliche eine Lehrstelle suchen

pflanzung genommen werden. Anstatt die Lehrberufe „flächennmäßig“ zusammenzufassen und damit den Wechsel in „verwandte“ Berufe zu erleichtern, wird noch weiter aufgesplittet und neue Berufsbilder wie vielleicht Regalbetreuer oder Tankwart geschaffen.

Gleiche Chancen für Frauen?

Unter dem Titel „Gleiche Chancen für Frauen“ wird in der SPÖ Presseausendung zum NAP die Beschäftigungsoffensive für Frauen zusammengefaßt. Aber bis auf den Verweis, daß „alle schon genannten Bereiche auf Druck der SPÖ immer auch Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Beruf enthalten“ findet sich nur ein einziger frauenspezifischer Punkt. Es sollen nämlich ganze 18.000 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen und so den Frauen der Eintritt ins Berufsleben erleichtert werden. Der unbeschreiblich Zynismus zeigt sich daran, daß sogar nach Aussagen der Frauenministerin rund 200.000 dieser Einrichtungen fehlen! Noch dazu vor dem Hintergrund, daß bereits 42 % aller Arbeitslosen Frauen sind, Frauen immer noch um 43% weniger verdienen als Männer und sie auch in den letzten Jahren die Hauptbetroffenen vom Sozialabbau und der Kürzungspolitik der Regierung waren.

30 -Stundenwoche jetzt!

Unsere Antwort auf diese Lippenbekenntnisse der Regierungen und Unternehmer zur Massenarbeitslosigkeit muß die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn in Europa sein. Der 6 – Stundentag bei einer 30 – Stundenwoche ist die einzige Möglichkeit Arbeitslosigkeit und eine weitere Flexibili-



sierung, die ebenfalls Arbeitsplätze vernichtet, wirksam zu bekämpfen. Darum machen auch Sie mit: unterstützen Sie unsere Unterschriftenaktion, besuchen Sie unsere Kundgebungen und Veranstaltungen zum Thema.

SOV-Seminar zum Thema

„Arbeitsplätze schaffen, Arbeitszeit verkürzen“

16./17. Mai

Anmeldung im Büro der SOV

Aus dem Inhalt:

Seite 2
M.A.I.

Seite 3
Wirbel im ÖGB
Situation am Bau

Seite 4/5
Mai '68: Frankreich und Österreich

Seite 6
Private 'Hitradios'

Seite 7
N-Irland: Einigung auf keine Lösung

Der Standpunkt

Was haben Autobusse am Wiener 1. Mai, Frau Knoll und das neue SPÖ-Programm miteinander zu tun?



Wenige Tage vor dem Maiaufmarsch hat SPÖ-Bundesgeschäftsführer Rudas den Entwurf für das neue Parteiprogramm präsentiert. Dieses Programm wird nicht einfach nur das rechte in der Geschichte der SPÖ sein - es stellt vielmehr das bisherige geradezu auf den Kopf. Rechts wird zu Links, das Ziel der klassenlosen Gesellschaft wird als erreicht erklärt(!), „weil der Unternehmer nicht mehr a priori ein Feindbild“ darstellt (Rudas). Treibt die sozialdemokratische Führung mit diesem Programm die Umwandlung der SPÖ zur bürgerlichen Partei weiter voran?

Am 1. Mai fahren in Wien nicht nur (zum ersten mal seit dem Faschismus) die Busse. Der öffentliche Verkehr wird für den „Kampftag der ArbeiterInnenbewegung“ im ehemals roten Wien sogar privatisiert - denn private Busunternehmen fahren auf den Routen der Verkehrsbetriebe! Man soll in symbolische Akte nicht zuviel hinein interpretieren, aber dieser Akt „krönt“ geradezu die Privatisierungs- und Sozialabbaupolitik, die in den letzten 10 Jahren von SPÖ-Ministern unter SPÖ-Kanzlern betrieben wurde. Gleichzeitig kündigen die privaten Buslinien am 1. Mai die drohende Ausgliederung und - in weiterer Folge - die Privatisierung der Stadtwerke, sowie anderer kommunaler Einrichtungen an.

In diesem Sinne krönt das neue SPÖ-Programm ebenfalls einen langen Entwicklungsprozeß: Nämlich den der SPÖ zu einer bürgerlichen Partei. Es rettet uns kein höh'eres Wesen ...

Zunächst fallen bei Betrachtung der Knoll'schen Linie und den Rudas-Aussagen erstaunliche Parallelen auf: Beide wollen eine Gesellschaft ohne Polarisierung und Konflikte und lehnen den Klassenkampf entschieden ab - zugunsten der Entwicklung der „Zivilgesellschaft“. Frau Knoll war laut Wählerstromanalysen „Darling der Mittelschichten“ (Standard), also genau jenes Segments, das für die SPÖ immer prägender wird. Die Entwicklung der SPÖ lädt auf linke GewerkschafterInnen und SozialistInnen eine ungeheure Verantwortung: Nämlich das Vakuum, das diese Partei in der ArbeiterInnenklasse hinterläßt, durch eine neue ArbeiterInnenpartei und Bewegung zu füllen. Der Präsidentschaftswahlkampf und vor allem auch das Wahlergebnis beweist, daß diese Aufgabe kein Messias übernehmen wird. Gefragt sind dabei nicht nur „revolutionäre Kleinarbeit“ und das Aufzeigen von Problemen, sondern auch konkrete Lösungen. Die SOV versucht hier, mit der Kampagne für den 6-Stunden-Tag einen Ansatzpunkt anzubieten.

Es rettet uns kein höh'eres Wesen ...

Zunächst fallen bei Betrachtung der Knoll'schen Linie und den Rudas-Aussagen erstaunliche Parallelen auf: Beide wollen eine Gesellschaft ohne Polarisierung und Konflikte und lehnen den Klassenkampf entschieden ab - zugunsten der Entwicklung der „Zivilgesellschaft“. Frau Knoll war laut Wählerstromanalysen „Darling der Mittelschichten“ (Standard), also genau jenes Segments, das für die SPÖ immer prägender wird. Die Entwicklung der SPÖ lädt auf linke GewerkschafterInnen und SozialistInnen eine ungeheure Verantwortung: Nämlich das Vakuum, das diese Partei in der ArbeiterInnenklasse hinterläßt, durch eine neue ArbeiterInnenpartei und Bewegung zu füllen. Der Präsidentschaftswahlkampf und vor allem auch das Wahlergebnis beweist, daß diese Aufgabe kein Messias übernehmen wird. Gefragt sind dabei nicht nur „revolutionäre Kleinarbeit“ und das Aufzeigen von Problemen, sondern auch konkrete Lösungen. Die SOV versucht hier, mit der Kampagne für den 6-Stunden-Tag einen Ansatzpunkt anzubieten.

Wirtschaftsforscher erzählen Märchen

Neue Krise droht

Fristgerecht vor der „endgültigen“ Entscheidung über die Teilnahme Österreichs an der Wirtschafts- und Währungsunion liefern die beiden Wirtschaftsbeobachter WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) und IHS (Institut für Höhere Studien) einen blendenden Konjunkturbericht ab.

von David Mum, SOV Wien Süd

Kurztenor: Der Wirtschaft geht es blendend, der Aufschwung ist wider Erwarten voll da und wird bis nach der Jahrtausendwende anhalten.

- Hier die Eckdaten:
- Wachstum 1997: 2,7%, Wachstum 1998: 2,9% (IHS) bzw. sogar 3% (WIFO)
- Inflation 1997 nur 1,2%, wird weiter sinken.
- die frei verfügbaren Einkommen werden 1998 erstmals wieder steigen und zwar um 1,8%

Einziges „Wermutstropfen“, wie nicht anders zu erwarten: der Arbeitsmarkt: März 1998 waren 216.000 als arbeitslos gemeldet, 3,5% mehr als im März der Vorjahres.

Die davon Betroffenen werden noch einen langen Atem benötigen, denn Wirtschaftsforscher gehen davon aus, daß die Arbeitslosenquote bei anhaltender guter Konjunktur (!) von derzeit 7,1% auf doch 6,5% im Jahr 2002 sinken wird.

Schwachpunkte als Motor?

Die optimistische Prognose stützt sich tatsächlich voll und ganz auf die Schwachpunkte der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung:

- 1) Man erwartet eine Steigerung bei den Exporten von 14 %. Bisher war vor allem die für die österreichische Wirtschaft günstigen Wechselkursentwicklung (der Dollar stieg in den letzten 2 Jahren um ein Viertel)



GPA-Demonstration

verantwortlich. Es ist nicht zu erwarten, daß sich dieser Trend fortsetzt. 2) Ebenfalls fraglich ist - angesichts weiterer Sparpakete - die Verdoppelung der Zuwächse beim privaten Konsums.

3) Hauptträgerin des Aufschwungs soll die Industrie sein. Hier wurden in den letzten Jahren 100.000e Arbeitsplätze abgebaut hat - ein Beweis

auf welcher schwächeren Grundlage das bisherige Wachstum stattfand.

Südostasien? Nie gehört!

Kaum eine Rolle spielt für die „Experten“, die Krise in Südostasien. Diese Krise hat allerdings zumindest die Instabilität des Finanzsystems und der Weltwirtschaft insgesamt erhöht. Eine weitere Turbulenz dieser Art könnte sogar eine weltweite Krise auslösen. Die Konjunkturprognose

sollen vor der Fixierung des Euro und der österreichischen EU-Präsidentschaft in der Bevölkerung Zuversicht und gute Stimmung verbreiten. Ihr Schicksal wird dasselbe sein wie das der „unabhängigen“ Gutachten und Absichtserklärungen, die vor dem EU-Beitritt abgegeben wurden. Sie wurden von der Realität eingeholt und totgeschwiegen.

Alles neu macht das M.A.I.?

M.A.I. - Grenzenlose Ausbeutung

Es gab 1995 satte 358 Dollar-Milliardäre, gemeinsam besitzen sie \$ 762 Milliarden, das entspricht dem Einkommen der 2,5 Milliarden ärmsten Menschen. Seit nunmehr drei Jahren wird das „MAI“, das Multilaterale Abkommen über Investitionen verhandelt, das kein plötzlich auftauchender Teufel, sondern eine logische Folge der neoliberalen Entwicklungen, ist.

von Stefan Kerl SOV Wien-Nord

An sich hätte das MAI, da es ja für alle Staaten gelten soll, in der Welt Handelsorganisation WTO verhandelt werden sollen. Die Vertreter der Industriestaaten verlagerten aber bald die Verhandlungen in den Klub der 29 reichsten Länder: die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Alle Nicht-OECD-Länder sollen es ebenfalls unterzeichnen - sonst drohen ihnen schwerste Handelshindernisse. Die Verhandlungen erfolgten bislang fernab der Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften wurden, obwohl ihre Einbindung zugesagt wurde, erst nach eineinhalb Jahren durch Dritte auf dieses Vertragswerk aufmerksam gemacht. Dabei wird das MAI das erste Investitionsabkommen sein, das auf viele Lebensbereiche Einfluß hat. Die Konzerne wollen alles schnell und ohne viel Aufsehen fertig verhandeln. Der US-Business-Roundtable hat das Seinige dazu schon getan: Er rief seine Mit-

glieder dazu auf, umgerechnet je 1 Million Schilling zu spenden um damit noch unentschlossene Senatoren überzeugen zu können.

Schutz vor Enteignung

Investitionen sind im MAI extrem weit definiert und umfassen u.a. auch geistiges Eigentum und Patentrechte (auf Leben, Gene etc.). Unter Enteignung oder schleichender Enteignung wird alles verstanden, was gewinnmindernd ist. Das sind Umwelt- und Arbeitsschutzgesetze, Streiks, Demonstrationen, selbst öffentliche Debatten, da sie eine Rufschädigung darstellen. Um diesen Schutz des Gewinns der

Investoren auch durchzusetzen, soll ein internationales Schiedsgericht geschaffen werden, vor dem Unternehmen den betroffenen Staat auf Schadenersatz verklagen können, einseitig und ohne Berufungsrecht des Staates. Das bedeutet: Wenn sich die Nationalstaaten Schadenersatzzahlungen ersparen wollen, müssen sie ihre Sozial- und Umweltstandards auf quasi Null herunterschrauben, ihre Bevölkerung ruhig halten und auch dafür sorgen, daß es keine öffentlichen Debatten gibt, die „Rufschädigung“ für einen Multi darstellen. Die meisten transnationalen Unternehmen zahlen jetzt schon fast keine Steuern in den Ländern, in denen sie ihre Niederlassungen haben. Das MAI legt zusätzlich noch die völlige Freiheit von

Investoren fest, die erzielten Gewinne und Vermögen unbeschränkt aus dem Land abzurufen. Einmal unterschrieben, ist es den Staaten zwar möglich nach fünf Jahren wieder aus dem

MAI auszutreten, sie sind aber verpflichtet, sich weitere 15 Jahre an die Bestimmungen zu halten.

Ist Österreich dagegen?

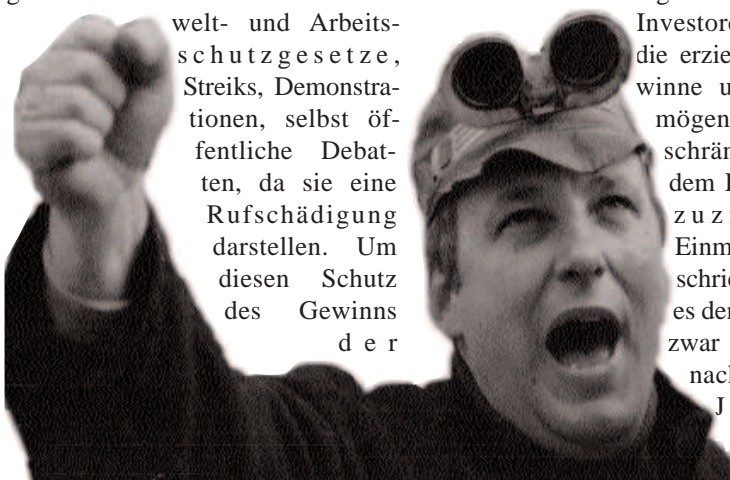
Bundeskanzler Klima verteidigte noch vor einigen Wochen das MAI und erklärte, offensichtlich in völliger Unkenntnis worüber er spricht, es sei „kein Freibrief für multinationale Konzerne, sondern setze für alle verbindliche Mindeststandards fest.“ Mitte April verordnete er dann eine Nachdenkpause. In der Presse vom 18./19. April wird Klimas Sinneswandel mit dem „alten SP-Argwohn gegen Investitionskapital“ erklärt. Der tatsächliche Grund ist wohl eher darin zu suchen, daß man wieder Gras über die Sache wachsen lassen und dann, wie gehabt, mit „Experten“ weiterverhandeln will. Es gibt aber auch klare Aussagen der österreichischen Verhandler: Österreichs OECD-Botschafter, Jankowitsch, auf die Frage, ob das MAI denn nicht auch Menschenrechten und nicht nur Rechte für Investoren festlege: „Es handelt sich eben um ein Abkommen für Investitionen, nicht für Menschenrechte“ Der Verhandlungsleiter Österreichs, Dr. Schekulin, zur Frage, ob Sozial- und Umweltstandards in das Abkommen aufgenommen werden sollen: „Per-

sönlich halte ich irgendwie geartete Standards nicht für nötig, da das MAI ein Investitions- und kein Umweltabkommen ist.“ Weiters: „Das MAI enthält keine Pflichten für Investoren, Pflichten gibt es nur für Regierungen.“

Nichts Neues!

So unglaublich die MAI-Bestimmungen klingen, ist es doch „nur“ die logische Folge der vorangegangenen Liberalisierungsabkommen, wie dem GATT (allgemeines Zoll und Handelsabkommen) und der WTO (Welthandelsorganisation). Der OECD-Bericht für Österreich von April fordert eine weitere Verschärfung des Sparkurses, mehr Flexibilität der Löhne auf betrieblicher Ebene (keine Kollektivverträge) und eine weitere Verschärfung der Durchrechnungszeiträume bei Pensionen. Es braucht also kein MAI um Sozialabbau zu betreiben, oder zu verlangen. Trotzdem wäre das MAI insofern eine Neuerung, daß es die Allmächtsanspruch der Konzerne schwarz auf weiß festschreiben würde. Dem gilt es international Widerstand entgegen zu setzen.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11 Druck: Druckerei Bricke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23 Herstellungs- und Verlagsort: Wien



Zukunft der GPA

Wirbel im ÖGB ...

Am 4. und 5. Mai hält die GPA Wien ihre Landeskonferenz ab. Zusätzlich finden derzeit in ganz Österreich Konferenzen der verschiedenen Sektionen (Handel, Industrie usw.), der verschiedenen Landesorganisation und der Teilorganisationen statt. Im Herbst folgt dann der Gewerkschaftstag. Eine gewisse Radikalisierung an Teilen der Basis spiegelt sich in Anträgen und Aussagen von GewerkschafterInnen wider.

Von Michael Gehmacher,
SOV-Gewerkschaftssprecher

Im Bereich Handel sind Wegfall des 8. Dezember als Feiertag, das Konsumdebakel, Sonntagsarbeit usw. nicht an der Bewußtseinsentwicklung vieler KollegInnen vorbei gegangen. Sozialabbau und die steigende Arbeitslosigkeit tun ihr übriges. Die GPA - Führung und Teile der FunktionärInnenschicht versuchen diese Stimmung aufzufangen. Auf Themenkonferenzen und Bildungsseminaren schwingen Sallmutter und Co. klassenkämpferische Reden und Teile der Basis können in Wortmeldungen Dampf ablassen. Oftmals wird hier auch ein entschlosseneres Auftreten der GPA und teilweise sogar Kampfmaßnahmen gefordert.

Die SOV hat Anträge zum Thema „30-Stunden-Woche“ und „Nein zur Sonntagsarbeit“ ausgearbeitet, die nun von AUGÉ (vormals GE), GLB und der GPA-Neubau in jeweils etwas abgeschwächter Form zur Landeskonferenz eingebracht werden. SOV-AktivistInnen werden außerdem als Gastdelegierte an der Konferenz teilnehmen und Menschen, die aktiv werden wollen, unsere Ar-

beitszeitverkürzung - Kampagne anbieten.

Der Laichmann-Konflikt

Überschattet wird die GPA Konferenz auch vom Konflikt Sallmutter-Laichmann. Der Sekretär der Sektion Industrie in der GPA Walter Laichmann war im März vom GPA-Vorsitzenden dazu gebracht worden, bis zum Pensionsantritt seinen restlichen Urlaub zu konsumieren - was einem Rausschmiß gleichkam. Offizielle Begründung: Laichmann habe als zuständiger GPA-Sekretär den Kollektivvertrag für die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen unterschrieben, ohne mit den betroffenen Betriebsräten Rücksprache zu halten.

Eine fadenscheinige Begründung. Die Eigenmächtigkeit vieler leitender Sekretäre, wo die betroffene Basis kaum ein Mitspracherecht hat, ist traurige Gewerkschaftsrealität. Urabstimmungen statt Laichmann-Rausschmiß wären hier wohl sinnvoller. Trotzdem sind in diesem Fall die Dinge nicht so einfach gelagert, wie in den bürgerlichen Medien dargestellt wurde.

ArbeiterInnen vs. Angestellte?

Die Konflikte gehen teilweise auch auf die sozialrechtlichen Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Angestellten zurück. Vieles was bei den Angestellten durch das Angestelltengesetz geregelt ist, ist bei den ArbeiterInnen nur über Kollektivverträge geregelt. Z.B. Kündigungsfristen: Bei Angestellten sind



GPA-Chef Sallmutter

mindestens 6-Wochen vorgeschrieben, für ArbeiterInnen laut Gewerbeordnung nur 2 Wochen. Führende ArbeitergewerkschafterInnen wären bereit mit der Wirtschaft ein Tauschgeschäft (mehr Rechte bei den ArbeiterInnen, weniger bei den Angestellten) einzugehen. Ein einheitliches

Arbeitsrecht ist natürlich notwendig, aber eine Nivellierung in der Mitte wäre der falsche Weg! Andererseits ist niemand in der Gewerkschaft (auch in der GPA nicht) in der Lage, eine gemeinsame Kampfstrategie für eine Angleichung nach oben auszuarbeiten und aktiv umzusetzen.

Hintergrund: ÖGB-Reform

Im Zuge der ÖGB-Reform, die eine Aufteilung in Gewerkschaft, Produktion, Dienstleistung und Öffentlicher Dienst vorsieht, könnte die GPA unter die Räder kommen. Würde den ArbeitergewerkschafterInnen ein „Tauschgeschäft“ mit den Unternehmern auf Kosten der Angestellten gelingen, so würde das die Position der GPA gewaltig schwächen. Laichmann gehört zu jenen GPA Funktionären, die ein sehr enges Verhältnis zu MBE (Metall, Bergbau, Energie) - Chef Rudolf Nürnberger haben. Eine Auflösung oder Unterordnung der GPA würde Nürnbergers Macht enorm stärken. Die Methoden mit denen Sallmutter gegen Laichmann vorgegangen ist, sind zu verurteilen! Eine Auflösung der GPA wäre aber ein enormer Rückschlag für die fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit. Bei aller Kritik, bleibt die GPA eher ein Ansatz für linke Politik als die großen ArbeiterInnenorganisationen.



Kurz
notiert:

EisenbahnerInnen**Erfolg des GLB**

Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) erreichte durch eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eine teilweise Aufhebung der neuen Pensionsregelungen, die massive Verschlechterungen für 55.000 EisenbahnerInnen mit sich zogen. Der „Standard“ ortet jetzt ein „massives Problem für die Regierung“. Bedenklich stimmt allerdings, daß nicht die EisenbahnerInnenorganisation sondern ein bürgerliches Gericht die Neuregelung zu Fall brachte. Die SOV gratulierte dem Gewerkschaftlichen Linksblock in einem Schreiben zu seinem Erfolg.

LehrerInnen-Proteste**SchülerInnen zeigen Solidarität**

Mehrtägige Schulveranstaltungen und Wandertage sollen gestrichen und unbezahlte Überstunden eingeführt werden. Den Protesten aus der LehrerInnenorganisation hat sich die SchülerInnen-Aktions-Plattform (SAP) angeschlossen, am 29.4.1998 fand eine Protestkundgebung in Wien statt. „Die SAP droht mit weiteren Kampfmaßnahmen, werden die Kürzungsmaßnahmen nicht zurückgenommen. Ein Schulstreik kann nicht ausgeschlossen werden. Schließlich haben wir vor zwei Jahren schon mehr als 8.000 SchülerInnen auf die Straße bekommen“, meint SAP-Sprecher Philipp Fleischmann in einer Aussendung.

Gewerkschaft kann Unternehmerangriffe (noch) abwehren**Bauwirtschaft**

Obwohl die Baubranche schon immer eine Vorreiterrolle im Bereich der Flexibilisierung spielte, forderten die Arbeitgeber jüngst eine weitere Ausdehnung der Normalarbeitszeit und Einkommensverluste von bis zu öS 40.000,- jährlich. Dieser Anschlag konnte zumindest zeitweilig zurückgeschlagen werden.

von Harry Mahrer,
SOV Wien-West

Am 5.3. übergaben die Arbeitgeber ihre Forderungen, die gleich mit einer Drohung begannen: „Sollte diesbezüglich (gemeint sind sogenannte „rahmenrechtliche Änderungen“, sprich Flexibilisierung) keinerlei Beweglichkeit bestehen, ist angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Bauwirtschaft keine Erhöhung der Lohnsätze möglich“, Sollte die Gewerkschaft auf die Forderungen einsteigen, so wurden vage Lohnerhöhungen versprochen. Nach Angabe der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) hätte das Angebot eine Erhöhung des Jahreseinkommens von netto ca. öS 3.500,- bedeutet. Die „Flexibilisierungsmaßnahmen“ hingegen würde Lohnverluste von ca. öS 40.000,- bedeuten, errechnete die GBH.

GBH-Chef Driemer lehnte die Forderungen der Unternehmer von Beginn an ab: „Durch die Ausdehnung der Arbeitszeit wird neben Einkommensverlusten auch die Gesundheit der Bauarbeiter noch stärker belastet.“

Doch die Gewerkschaftsführung hat eine Mitverantwortung an diesem Unternehmervorstoß: Trotz einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von öS 13.000,- monatlich (Quelle GBH) und 600.000 Krankenstandstagen pro Jahr wurden 1996 massive Verschlechterungen für die ArbeiterInnen ausgehandelt. Unter anderem wurde die tägliche Normalarbeitszeit auf 10h erhöht.

Unternehmerforderungen kosten Arbeitsplätze

Durch mehr Arbeit im Sommer sollte die Arbeitslosigkeit im Winter verkürzt werden, die Anzahl der arbeitslosen BauarbeiterInnen konnte dadurch aber nicht vermindert werden. Diese Maßnahmen wurden vor dem Hintergrund von 80.000 Winterarbeitslosen am Bau eingeführt. Seit zwei Jahren sind sie nun in Kraft, die Arbeitslosigkeit stieg heuer auf über 100.000. Trotzdem fordern die Unternehmer weitere Arbeitszeitverlängerung im Sommer, was laut Driemer, dem Versuch gleichkommt, „die Bautätigkeit auf



GBH-Chef Driemer: „... auch die Gesundheit wird belastet.“

wenige Monate zu verkürzen, nach dem Motto: 'Länger arbeiten, um früher arbeitslos zu sein'

Angesichts keiner Ergebnisse beschloß die Gewerkschaft bei der 3. Verhandlungsrunde, auch Protestmaßnahmen auf der Straße zu ergreifen. Am 8. April nahmen hunderte BauarbeiterInnen an Kundgebungen in Wien und allen Landeshauptstädten teil.

Aufgrund des erzeugten Drucks zogen die Unternehmer einige Forderungen (vorläufig) zurück. So z.B. die Forderung nach der 60-h-Woche, Verschlechterungen im Urlaubsrecht, die Streichung von Zulagen, wie dem Trennungsgeld etc.

Letztlich wurde ein Lohnabschluß von 2,0% bei den KV-Löhnen mit der bisherigen Parallelverschie-

bungsregelung ausverhandelt. Weiters wurden Höhenzulagenbestimmungen, Lenkzeiten- und Pausenregelung verändert, der Stichtag für den Zeitausgleichskonsum wurde vom 15. Februar auf den 31. März verlegt. Alles auf Wunsch der UnternehmerInnen.

Die strittigen Punkte wurden einer „sozialpartnerschaftlichen Arbeitsgruppe“, die bis zum Herbst einen Bericht verfassen soll, übergeben. Was dort diskutiert werden soll, scheint unklar zu sein. Die Arbeitgeberseite spricht über Arbeitszeit und dergleichen mehr, die GBH stellt dies strikt in Abrede.

Die diesjährige KV-Verhandlung hat klar bewiesen, das nur Druck von der Straße Sozialabbau zurückschlagen kann.

FGÖ**Blau-Gelbe „Gewerkschafts“-Gründung**

Während bei der Gemeinde Wien FPÖler unbehelligt im Rahmen des ÖGB bei den Gewerkschaftswahlen Anfang Mai kandidieren dürfen, versucht sich die FPÖ in der Gewerkschaftsspaltung. Im niederösterreichischen Tulln geht am 1. Mai die Gründung der „Freien Gewerkschaft Österreichs“ (FGÖ) über die Bühne. Einzig der GLB-Tullnerfeld und die Sozialistische Offensive Vorwärts protestieren am 1. Mai in Tulln unter dem Motto „Gegen blaue Gewerkschaftsfeinde - für einen kämpferischen ÖGB“ gegen diesen Vorstoß. Zur Erinnerung: Der Proponent der FGÖ, NR Gaugg, hatte vor kurzem in einem Brief an die „lieben Unternehmer“ um Spenden für seine Gewerkschaft gebettelt. Die SOV fordert den sofortigen Rausschmiß der FPÖ-Gewerkschaftsfeinde aus dem ÖGB! Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften zu wirklich demokratischen Kampforganisationen werden. Nähere Informationen in „Wen vertritt die FPÖ“ (Buch der SOV zur Frage „Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei?“ um öS 55,- im SOV-Büro zu bestellen).

Revolutionäre Situation in Frankreich

1968: Frankreich steht auf...

1968 hielten in Frankreich auf dem Höhepunkt der Bewegung 11 Mio Arbeiter und Angestellte (bei insgesamt 15 Mio, von denen nur 2,3 Mio gewerkschaftlich organisiert waren) ihre Betriebe besetzt. Nicht nur Industriebetriebe, auch Bauernhöfe, Banken, Schulen, Unis, öffentliche Stellen, Bahn und Schiffe.. waren weitgehend lahmgelegt oder übernommen worden. Überall gab es Arbeiter-, Bauern- und Studentenkomitees. Fernsehen und Rundfunk befanden sich unter Kontrolle der Beschäftigten. Armee und Polizei waren angesteckt und wurden als „unzuverlässig“ bezeichnet. Die Machtorgane des Kapitals waren lahmgelegt, das Staatsoberhaupt de Gaulle war verschollen...

Kurt Pfeifle, Stuttgart
(aus Voran Nr. 29, gekürzt)

Mit Kriegsende '45 begann in Frankreich eine riesige Industrialisierungswelle. Innerhalb von 10 Jahren hatte sich die Anzahl der Leute mit Autos, Kühlschränken,... rapide erhöht. Jedoch verschleierte das glänzende, verchromte Frankreich von 1968 ein großes Ausmaß wirklichen Elends: „5-6 Mio. Franzosen leben am Existenzminimum. Ein Viertel der Arbeiter verdienen weniger als 150 FF pro Woche. Arbeitslosigkeit, von der wahrscheinlich mehr als 500 000 betroffen sind und Kurzarbeit sind neue, fremde Erscheinungen in einem Land, das 30 Jahre lang nur Vollbeschäftigung gekannt hatte“, berichtete mitten im Generalstreik eine englische Zeitung.

Anfang der Kämpfe

Am 1. Mai demonstrierten Hunderttausende unter der Parole „10 Jahre sind genug!“ - unter Anspielung auf den Jahrestag der Machtübernahme de Gaulles. Auf Basis der allgemeinen Unzufriedenheit veranstalteten die Studenten am folgenden Tag Demos zur Aufhebung der Geschlechtertrennung in Wohnheimen.

Diese Demonstrationen wurden von der Polizei brutal zerschlagen. Am 3. Mai wurden die Universitäten geschlossen. Daraufhin gingen die Studenten zu Tausenden auf die Straßen. Die ersten Straßenschlachten fanden statt. Die Parolen wurden schnell allgemeiner und politischer.

Arbeiter und Studenten

Die Studentenkämpfe waren nur der Beginn. Ihre Proteste fanden ein unmittelbares Echo in der Arbeiterklasse. Von den ersten Tagen an wurden die Studenten von mehr als 80 % der Pariser Bevölkerung unterstützt. Als am 6. Mai eine friedliche Demonstration von den CRS-Spezialeinheiten der Polizei angegriffen wurde, öffnete die Bevölkerung ihre Haustüren, um die Flüchtenden vor Polizei-Gummiknüppeln zu schützen. Um die Wirkungen des massiv eingesetzten Tränengases zu lindern, wurde eimerweise Wasser aus den Fenstern auf die Straßen gegossen.

Die Brutalität der CRS erregte die Empörung der Arbeiter, insbesondere nachdem die Belegschaft der ORTF (Radio und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatte, daß darüber ein Film im Fernsehen gezeigt wurde. Besonders jüngere Arbeiter sahen in den Studentenkämpfen eine Alternative und schöpften Mut aus der Tatsache, daß diese offensichtlich Risse in der gaullistischen Eintönigkeit zeigten. Bald traten sie

selbst in Streik - bei Sud Aviation (Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen, bei der Post für höhere Löhne.

Der Druck auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse wuchs. So riefen schließlich die Führungen von CFDT (ehem. katholischer Gewerkschaftsbund) und CGT (größte Gewerkschaft mit kommunistischer Mehrheit) für den 13. Mai einen 24h-Generalstreik aus. Er war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht und gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in der Arbeiterklasse angestauten Druck, gefahrlos abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung durch diese begrenzte

ernrat „regierte“ ganz Loire-Atlantique um Nantes. Er kontrollierte das alltägliche Leben: den Verkehr, die Versorgung mit Wasser, Elektrizität,... Landarbeitergewerkschaften versorgten die Streikenden mit Essen, Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion, die Preise wurden drastisch gesenkt.

Jeder Winkel der französischen Gesellschaft wurde vom Aufruhr erreicht und angesteckt: Die juristische Fakultät „lehnte die Gesellschaft ab“, sogar die Totengräber und Meteorologen streikten. Die Polizeigewerkschaft sprach von einer „äußerst gefährlichen Situation“, weil viele

entschlossene Führung, hätte die Arbeiterklasse die gesamten gesellschaftlichen Reichtümer in Besitz nehmen können. Eine solche Regierung hätte alle Großkonzerne und Banken in Gemeineigentum überführen, Organe aus den Reihen der organisierten Arbeiter zum Schutz dieser Maßnahmen bilden und somit die Grundlage für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle schaffen können.

Rolle der Arbeiterorganisationen

Doch nichts dergleichen geschah. Während die Massen instinktiv vorwärtsdrängten, wurden sie zurückgezerrt - von ihren eigenen Führern! Der Führung der KP fiel in dieser vorrevolutionären Situation nichts Besseres ein, als Neuwahlen zu fordern. Sie sprach sogar davon, daß es darauf ankam, „die Bewegung wieder zurück in sichere parlamentarische Bahnen zu lenken“.

Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung wollten CGT- und CFDT-Führer mit der Regierung verhandeln! Mit einer Regierung also, die es de facto nicht mehr gab, keinerlei Macht mehr besaß und teilweise geflohen war. Die KP bestand darauf, daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei, auf die „unmittelbaren Forderungen“ der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit. Als am 27. Mai Seguy, der Generalsekretär der CGT, in den Renault-Werken in Billancourt auftrat, um stolz zu verkünden, daß er in Verhandlungen Erhöhungen der KV-Löhne von bis zu 80 % und die besten Sozialleistungen seit Kriegsende herausgeholt hätte, wurde er ausgepiffen und seine Rede von einer aus 30.000 Kehlen gebrüllten Parole unterbrochen: „Gouvernement populaire!“ (Volksregierung)

Ein Renault-Arbeiter schilderte später seine Eindrücke: „Wir wollten alles verändern und wir hatten schon fast alles verändert. Wir erwarteten, daß sich unsere Führer an die Spitze stellten. Es war eine Revolution, ja eine Revolution, und wir dachten, die KPF würde sie anführen. Sie wollte jedoch gar keine Revolution. Als sie nur Neuwahlen forderte, wußten wir nicht, was wir tun sollten, es herrschte große Unsicherheit ... Ein paar Wochen später haben viele Streikende wieder de Gaulle gewählt, weil sie von den Linken die Schnauze voll hatten.“

In diesen Worten kommt klar zum Ausdruck, woran es der französischen Arbeiterklasse in jenen Maiwochen am meisten mangelte: an einer entschlossenen Führung, die den Weg zu Ende gegangen wäre, den die Massen spontan schon eingeschlagen hatten, anstatt alles abzu-bremsen. Die Mehrheit der Arbeiter erhoffte sich diese Führung von der KP. Als diese Führung jedoch ausblieb, wurden sie unsicher. Als sich die KP ganz gegen ihre Aktionen stellte, resignierten sie schließlich.

Wohl versuchten sie noch, sich der offiziellen KPF-Politik entgegenzustellen. Sie zogen instinktiv und spontan in die richtige Richtung, doch es ging über ihre Kräfte, sich mitten im Kampf aus dem Stehgreif etwa eine neue Partei zu schaffen.

Umschwung

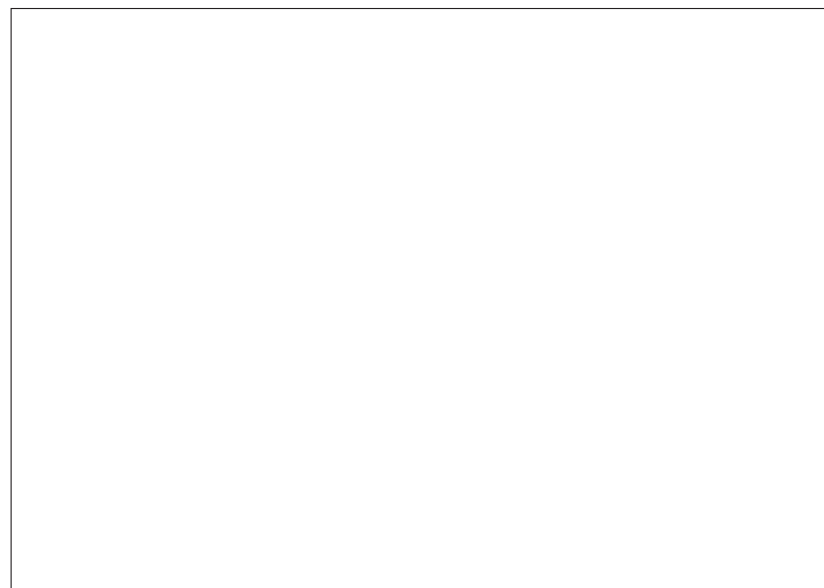
Mehrere Wochen herrschte in Frankreich eine Situation der Doppelherrschaft. Doch ohne eine organisierte Führung, die die Kämpfe koordiniert und ihnen Ziel und Richtung vorgegeben hätte, war die historische Chance der Machtübernahme der Arbeiter vertan. Wochenlang waren die „Bollwerke der Ordnung“ gelähmt, befanden sich in einem Zustand hochgradiger Zersetzung. Doch die langen Kämpfe erschöpften die Massen, die Haltung ihrer Führung entmutigte sie. Am 30. Mai kehrte de Gaulle nach Paris zurück. Er war in Baden-Baden gewesen, um die Unterstützung durch General Massu zu gewährleisten, der an der Spitze der 70.000 Mann starken französischen Rheinarmee stand.

Gleich wurde die Auflösung des Parlaments verkündet und Neuwahlen ausgeschrieben. Eine üble Hetzkampagne folgte, gegen die „die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur“,... Erst dann, nach mehr als 2 Wochen Generalstreik (praktisch ergebnislos), nachdem sich keine der großen Arbeiterorganisationen als fähig erwiesen hatte, schöpfte die Kapitalistenklasse wieder genug Mut zum Gegenangriff.

Panzer und Truppen formierten sich um Paris, eine reaktionäre Demonstration zog eine Mio. Teilnehmer an, auf der Parolen gerufen wurden wie „Der Kommunismus kommt nicht durch“, „Cohn-Bendit (damals Studentenfürher, heute grüner Realo - Red.) nach Dachau“, „Erschießt Mitterrand“. In den folgenden Tagen wurden die Arbeiter wieder aus den Fabriken getrieben, wobei sie nur vereinzelt aktiv Widerstand leisteten. Einige linke Gruppierungen wurden verboten, ihre Führer verhaftet und des Landes verwiesen. Demos durften bis auf weiteres nicht stattfinden.

Wie konnte diese völlige Umkehrung des Kräfteverhältnisses so plötzlich zustande kommen? Schon Marx und Engels hatten erklärt, wie sich in revolutionären Krisen die kämpfenden Klassen das Gleichgewicht halten können, jedoch nur für kurze Zeit, manchmal Monate, Wochen oder nur einen Tag lang, wenn es um die Machteroberung durch die Arbeiter geht. Wenn eine konsequente Führung in einer solchen Situation fehlt, kann die Gelegenheit auf lange Zeit verpaßt sein.

Neue große Kämpfe stehen bevor, in Frankreich, in ganz Europa! Wenn die Lehren der vergangenen Kämpfe richtig gezogen werden, besteht kein Grund, warum es der Arbeiterklasse nicht gelingen soll, ihre nächste Chance voll zu nutzen!



Bildunterschrift

Aktion zu dämpfen. Im Gegenteil: Die massiven Arbeitsniederlegungen - 1 Million allein in Paris! - ermutigten die Arbeiter nur noch mehr.

Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter von Sud Aviation nur in ihre Fabrik bei Nantes zurück, um sie zu übernehmen, den Direktor einzusperren und an alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen!

Besetzungen und Räte

In den folgenden Tagen verbreitete sich diese Welle von Besetzungen ohne jegliche Unterstützung durch die Gewerkschaften oder die Kommunistische Partei wie ein Lauffeuer und gipfelte in der totalen Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der 3. Woche. Gegen den ausdrücklichen Willen der Führung der Kommunistischen Partei (damals einzige Massenpartei der Arbeiterklasse) wurden gleichzeitig Aktionskomitees gebildet: Arbeiterkomitees in den Fabriken, Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und Patienten in Krankenhäusern, von Bauern auf den Höfen, von Studenten und Schülern in Universitäten und Schulen.

Ein Arbeiter-, Studenten- und Bau-

er ihrer Mitglieder mit den Arbeiterforderungen sympathisierten und selbst mit Streik drohten. Fußballspieler besetzten Stadien und Richter organisierten sich gewerkschaftlich.

Der Staatsapparat befand sich in Auflösung. Regierungsbeamte diskutierten ernsthaft, wie sie die Macht übergeben sollten! De Gaulle, der „starke Staat“ in Person, „packte ein“ und berichtete dem US-Botschafter: „Das Spiel ist aus!“ Er floh aus Paris und galt als „vermißt“!

Staat machtlos

Die Macht lag für die Arbeiterklasse in Reichweite. Was jetzt noch fehlte, war eine Verbindung der Komitees auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene und die Bildung einer von diesen Komitees getragenen Arbeiterregierung. Ein solches oberstes nationales Arbeiterkomitee wäre von Anfang an eine demokratische Volksvertretung gewesen. Man hätte durch demokratische Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionen und Bezahlung durchschnittlicher Facharbeiterlöhne an alle Funktionäre und Komiteemitglieder, eine absoluten Kontrolle durch die Basis erreichen können. Vereinigt durch eine

Eine „laue Viertelstunde“

...Österreich verschläft

Die politische Situation im Nachkriegsösterreich war durch das „Wirtschaftswunder“ und ein konservatives gesellschaftspolitisches Klima geprägt. Das Märchen von Österreich als erstem Opfer des deutschen Faschismus war eine unumstrittene Lebenslüge der Republik. In den Familien herrschten streng patriarchale Strukturen, das Schulsystem war ein elitäres und die Universitäten waren durch konservative und rechtsextreme Burschenschaften beherrscht. Die Arbeitsbedingungen an den völlig veralteten Hochschulen wurden durch einen Boom an Studierenden regelrecht unerträglich.

Martin Birkner,
von SOV Wien West

Ab Anfang der 60er Jahre kam es zu einer Linksentwicklung unter den Jugendlichen: Gewerkschaftsjugend und Sozialistische Jugendorganisationen erhielten Zulauf, 53 Prozent der Jugendlichen ordneten sich tendenziell der SPÖ zu. Die Nachkriegskoalition zwischen ÖVP und SPÖ zerbrach 1966, die SPÖ mußte in die Opposition - viele erwarteten

zählte 1967 dennoch mehr als 2000 Mitglieder, der KP-StudentInnenverband VDS (Verband Demokratischer StudentInnen) nur noch 35 AktivistInnen. Die Geschichte der österreichischen 68er Bewegung ist zu einem guten Teil, die Geschichte der Auseinandersetzung zwischen der SPÖ-Bürokratie und den SPÖ-Jugendorganisationen VSM und VSSTÖ. Die beiden Jugendorganisationen verstanden sich als linke Opposition in der Gesamtpartei. Die entscheidende Niederlage wurde dieser „SPÖ-Lin-

men Gegendemonstranten angegriffen. Dabei wurde der Kommunist Ernst Kirchwegger von dem polizeibekanntem Neonazi Günter Kümel so schwer verletzt, daß er zwei Tage später starb. Borodajkewicz wurde über ein Jahr später - mit Bezügen - pensioniert, Kümel mußte für zehn (!) Monate ins Gefängnis. An Ernst Kirchweggers Begräbnis nahmen 18.000 Menschen teil.

Vietnam-Bewegung und betriebliche Kämpfe

Vor allem der imperialistische Krieg der Vereinigten Staaten gegen Vietnam war ein zentraler Anknüpfungspunkt an internationale Bewegungen. Seit 1963 kam es zu regelmäßigen Demonstrationen. Der traditionelle Fackelzug der sozialistischen Jugendorganisationen am Vorabend des 1. Mai, wurde 1967 zum Amerika Haus umgeleitet. Am SPÖ-Maiaufmarsch folgten dann Auseinandersetzungen um USA kritische Transparente. Vor allem die Teilnahme und Zusammenarbeit mit den kommunistischen Jugendorganisationen wurde immer und immer wieder zum Vorwand genommen, um die Parteijugend zu disziplinieren. Der Unmut in VSM und VSSTÖ über die Führung der SPÖ wuchs. Am Nachmittag des 1. Mai 1968 kam es auf einem „Blasmusikfest“ der Wiener SPÖ zu schweren Auseinandersetzungen: Gegen VSSTÖ-Mitglieder die über die Beschäftigungssituation in Wien diskutieren wollten, ließ die Parteiführung brutale Polizeigewalt einsetzen.

Der entscheidende Schwachpunkt der 68er war sicherlich, daß es in keiner Weise gelang sich mit der ArbeiterInnenbewegung zu verbinden. 1965 sollte die ehemalige Waggon- und spätere Flugzeugfabrik Raxwerk in Wiener Neustadt mit Billigung des ÖGB privatisiert werden. Doch die Beschäftigten stimmten mit 398 zu 17 Stimmen gegen die Privatisierung und führten einen Sitzstreik durch. VSSTÖ und VSM stellten sich öffentlich auf die Seite der ArbeiterInnen. Weitergehende Aktionen scheiterten aber nicht zuletzt an „Kommunikationsproblemen“. Später gab der VSSTÖ - in völliger Unkenntnis der tatsächlichen Situation - bei einem Werk der Elin sogar einen (erfolglosen) Streikaufruf heraus. Die Reaktion der SPÖ-Führung gegenüber VSSTÖ und VSM war monoton: Subventionssperren, Schiedsgerichte, ... Ein großer Teil des VSSTÖ schrieb die SPÖ zunehmend ab und trennte sich in den folgenden Monaten von ihren Organisationen.

Der Wiener Aktionismus

Ein weiterer Bereich der sich formierenden Widerstandsbewegung war der Bereich der Künstler. Der Wiener Aktionismus war eine der radikalsten künstlerischen Strömungen und provozierte mit aufsehenerregenden Aktionen. Diese wurden vom Staatsapparat mit einer wahren Pro-

zeßlawine „geahndet“. Als Höhepunkt wurde Hermann Nitsch sogar des Mordes (!) verdächtigt! Neue Ausdrucksformen, wie zum Beispiel „Go-In“ in bürgerliche Veranstaltungen, brachten den immer breiter werdenden Widerstand gegen Kirche, heuchlerische Sexualmoral, reaktionäres Spießbürgertum und nichtvorhandene Mitsprache zum Ausdruck. Kommunen als alternative Lebensformen wurden gegründet, Diskussionsgruppen schossen wie Pilze aus dem Boden und die Kronen-Zeitung spuckte Gift und Galle.

Warum wurde Österreich nicht Frankreich?

Die Impulse, die zur Radikalisierung der StudentInnenbewegung führten, kamen im Mai 1968 über-

Opposition - die KPÖ. In ihr hatte der „Reformflügel“ die Führung übernommen und weckte damit vor allem durch die Ereignisse des Prager Frühlings in der damaligen Tschechoslowakei große Hoffnungen in einen „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“. In Prag walzten jedoch wenig später Panzer diese Hoffnung wieder nieder - in der KPÖ gewannen moskauhörige Betonköpfe die Oberhand. Die KPÖ verlor darauf hin jeglichen bundespolitischen Einfluß.

Ernüchterung und Folgen

Nach dem Abflauen der Bewegungen im Ausland kam es auch in Österreich zu Erschöpfungserscheinungen. Der Stimmenanteil der Linken bei den Universitäts-Wahlen



Aktion auf der Uni

wiegend aus dem Ausland. In Paris entwickelte sich gerade eine revolutionäre Situation - in Wien streikte geradenoch das „Lycée francais de Vienne“ (Französische Schule) aus Solidarität.

In Deutschland wurden nicht nur Universitäten besetzt, der SDS (Sozialistischer deutscher Studentenverband) organisierte gemeinsam mit der IG-Metall Massendemonstrationen, die sich gegen die Notstandsgesetze richteten. In Wien konnte die Bewegung jedoch niemals auch nur annähernd eine derartige Intensität erreichen. Österreich befand sich im wirtschaftlichen Aufschwung, die SPÖ-Führung verfügte über einen konkurrenzlos hohen Einfluß in der ArbeiterInnenklasse und hielt an der Sozialpartnerschaft fest. Da deshalb Proteste der ArbeiterInnenbewegung weitgehend ausblieben, konnten - sofern sie dazu bereit gewesen wären - die StudentInnen kaum an eine Bewegung anknüpfen, die über universitäre Belange hinausging. Es zeigte sich gerade am Beispiel 1968 deutlich, daß ohne die Aktion der ArbeiterInnenklasse - und ohne Organisation, die diese Aktion leitet und koordiniert - keinerlei radikale Umgestaltung der Gesellschaft möglich ist.

Rolle der KPÖ

Eine zusätzlich negative Rolle spielte die einzige existierende linke

1969 war mit 12,2 Prozent für den VSSTÖ und 1% für den KP-nahen Verband demokratischer Studenten gleich geblieben.

Gesellschaftspolitisch folgte jedoch eine Phase der Ernüchterung - viele linke AktivistInnen zogen sich ins Privatleben zurück. Trotzdem: Es kam Anfang der 70er - wie in ganz Europa - zu einer Linksentwicklung, die sich vor allem durch die Regierungsübernahme sozialdemokratischer Parteien ausdrückte. Nicht nur viele soziale und politische Reformen, sondern auch spätere außerparlamentarische Bewegungen, konnten in einem geänderten Klima entstehen, welches die „68er“ sicherlich mit aufbereitet haben. Gerade heute ist es wichtig, an den Widerstandsgestalt von 1968 anzuknüpfen, ohne jedoch die Fehler von damals zu wiederholen.

**Neue SOV-Broschüre
Frankreich Mai '68
von Claire Doyle
80 Seiten**

**Sowohl die englische
Originalfassung, als auch
als deutsche Übersetzung
erhältlich.
(Bestellungen ans SOV-Büro
01- 524 63 10)**

FÜR EINE
demokratische Schule
FÜR EIN
sozialistisches Österreich



VSM

**Organisiert Euch in VSM-Basisgruppen!
Organisiert Euch im VSM!**

Plakat des Verbandes sozialistischer Mittelschüler

und erhofften sich dadurch eine Wendung der Sozialdemokraten zum Besseren.

Linksentwicklung unter Jugendlichen

Die Jugendorganisationen der Sozialdemokratie waren bis Mitte der 60er in den linken „VSM“ (Verband sozialistischer Mittelschüler) und den eher rechten „VSSTÖ“ - „Verband sozialistischer Studenten“ - gespalten. Ab 1966 - nach erbitterten internen Kämpfen wurde auch der VSSTÖ „links“ - und so später mit dem VSM zum wichtigsten Faktor in der österreichischen 68er Bewegung. Die „FÖJ“ (Freie österreichische Jugend), 1945 als „überparteiliche“ KPÖ-Jugendorganisation gegründet,

ke“ allerdings bereits 1967 versetzt, als der als „Parteirechter“ geltende Bruno Kreisky in einer Kampfabstimmung Partei-Vorsitzender wurde.

Antifaschistischer Kampf

Militante Auseinandersetzungen mit rechten Schlägern - vor allem vom Ring freierwilliger Studenten (RFS) - ziehen sich durch die gesamte „68er-Bewegung“. Als Höhepunkt kann der Kampf gegen den rechtsextremen und antisemitischen Geschichtsprofessor (und ehemaligem NSDAP-Mitglied) Taras „von“ Borodajkewicz gesehen werden. Eine Demonstration gegen Borodajkewicz am 31. März 1965 wurde von hunderten bewaffneten, rechtsextre-

Viele bunte Radios ... und trotzdem Einheitsbrei

Schöne neue Medienwelt?

Für den 1. April hat die Regierung sich diesmal eine ganz besonderen Scherz ausgedacht - und damit die Welt der elektronischen Medien in Österreich grundlegend verändert. Ein Großteil der 42 mit einer Lokal- und 8 mit einer Regionallizenz bedachten Sender gingen in Betrieb. Von einer „neuen Vielfalt“ des Angebots kann aber keine Rede sein...

von Roman Seidl,
SOV Wien Mitte

Alles begann 1993 mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg, das Österreich vorschrieb, das Rundfunkmonopol des ORF zu zerschlagen. Daraufhin machten sich ÖVP und SPÖ daran eine Lösung auszuarbeiten, die zwar dem Urteil entsprechen würde, aber möglichst wenig an der österreichischen Medienlandschaft verändern würde. Es kam zum Beschluß eines Regionalradiogesetzes, das 10 Sendelizenzen in Österreich ermöglichte die an ohnehin schon marktbeherrschende Medienkonzene vergeben wurden. Die Zahl von 10 möglichen Frequenzen war der Punkt an dem das Gesetz kippen sollte. Die Fre-

quenzenhebung, die belegen sollte, daß es nur möglich wäre 10 Sender zu betreiben, ging von einem völlig überzogenen Frequenzbedarf des ORF aus und hielt daher den auf die Vergabe der 10 Frequenzen folgenden Verfassungsgerichtshofklagen von Seiten derer, die keine Lizenz bekommen hatten (sowohl andere kommerzielle als auch nichtkommerzielle Projekte), nicht stand. Nur in der Steiermark und in Salzburg konnte je ein Sender in Betrieb gehen, da diese die Kläger schlicht und einfach mit Firmenanteilen „kaufte“. In der zweiten Fassung des Regionalradiogesetzes waren dann plötzlich 50 Frequenzen möglich.

Die Frequenzvergabe wurde wiederum streng nach dem althergebrachten Mittel der Machtaufteilung

abgewickelt. „Stimme ich einem schwarzen Sender zu, so tust du das bei einem roten“ war das Motto. Traurig ist nur, was die SPÖ als „roten“ Sender sieht. „Rot“ ist ein Sen-



92,9 RTL-Mann Colantonio

der z.B. dann, wenn sich Krone und Bank Austria daran beteiligen (88.6). Es kam zu keinerlei Versuchen me-

dienpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Probleme von Medienkonzentration und Finanzinteressen auch nur ansatzweise ausgleichen könnten. In ganz Europa und auch in den USA gibt es sogenannte „Community radios“, „Offene Kanäle“ oder „Freie Radios“, die aus Gebühren für die kommerziellen Anbieter gefördert werden und politischen und kulturellen Initiativen Sendeflächen und Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Existenz freier Radios in Österreich, vor allem in Wien, ist eher ein proporzbedingtes Nebenprodukt, denn eine klare medienpolitische Zielsetzung. In Wien erhielt das „Freie Radio in Wien - Radio Orange“ im Endeffekt wohl nur deshalb eine Lizenz, weil die ÖVP darauf drängte der Erzdiözese Wien mit „Radio Stephansdom“ eine Lizenz zu bewilligen und es ja dann auch ein „rotes“ nichtkommerzielles Gegenstück geben mußte.

Es ist fraglich, ob eine derartige „Liberalisierung“, bei der sich die elektronischen Medien in Zukunft

jeglicher demokratischer Kontrolle entziehen werden, die große „Freiheit“ bedeutet. Es ist wohl eher nur die Freiheit ohnehin schon marktbeherrschender Medienkonzerne ihre Macht auch noch auf den Rundfunk auszuweiten.

Unser „Rundfunk-Programm“:

Die SOV steht für eine demokratische Kontrolle der ArbeitnehmerInnen über die Massenmedien. In diesem Zusammenhang haben wir die Zerschlagung des staatlichen Rundfunkmonopols stets abgelehnt. Die sogenannte „Liberalisierung“ bedeutet tatsächlich ein defacto (Des-)Informationsmonopol für die großen Medienkonzerne. Natürlich war und ist auch der ORF ein Organ der Herrschenden. Aber ein öffentlicher Rundfunk, der von einer echten (!) Hörer- und SeherInnenvertretung kontrolliert würde, könnte tatsächlich die Basis einer vielfältigen Informationskultur im Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit sein.

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000.- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche gemeinsam führen.
- Ausbau und Anerkennung der politischen, sozialen und kulturellen Rechte aller in Österreich lebenden Volksgruppen und ethnischen Minderheiten. Das gilt besonders für autonome Entscheidungs- und Mitspracherechte im Vertretungs- und Bildungsbereich.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Abschaffung aller diskriminierender Paragraphen.

Für echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparat, der in erster Linie das große Geld schützt. Für die Auflösung sämtlicher Geheimdienste und Sondereinheiten
- Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B.

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdictatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Für den Aufbau einer Bewegung links von SPÖ und Grünen. Wir wollen eine breite linke Opposition, eine echte Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in den Gewerkschaften, Betrieben und Schulen mitaufbauen! Dazu soll die Gründung der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV) ein Beitrag sein.
- Für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich ein paar Reformen können keine grundlegende Veränderung herbeiführen. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für einen Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

JETZT AKTIV WERDEN!

TERMINE

- 5.5. „Revolution 1848“ OG Wien West
- 12.5. „Der gläserne Mensch“: Datenschutz in Österr.“ OG Wien Süd
- 19.5. „Pariser Commune“ OG Wien Mitte
- 22.5. „Verfassungsbrüche der Bundesregierung in Bezug auf die Neutralität“ OG Wien Nord
- 23.5. „Arbeitszeitverkürzung - der Weg aus der Arbeitslosigkeit!“ Regionalgruppe OÖ
- 25.5.: „Arbeitslosigkeit - ein weibliches Schicksal“ - mit einer Referentinnen von ÖGB- und AUGE-Frauen FrauenStammtisch

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Komm in eine SOV-Ortsgruppen oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien

Ortsgruppe Wien Süd:
jeden Dienstag 19 Uhr
4; „TU-Club“, Panigl gasse

Ortsgruppe Wien West:
jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Club International“
16; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord:
jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“
2; Arnezhofergasse 8

Ortsgruppe Wien Mitte:
jeden Mittwoch 19 Uhr
7; „Amerlinghaus“ Stif. 8

GewerkschaftsStammtisch:

Termine nach Rückfrage
„Zentrum Erdberg“;
3; Lechnerstr.2-4
FrauenStammtisch
jeden 2. und 4. Montag im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

jeden Samstag 14 Uhr
„Hotel Kijew“ Stelzhamerstraße

Niederösterreich - Wr. Neustadt

Cafe Einhorn, Singergasse
Termine bei der Redaktion

Kampffonds aktuell



PSK 8812.733

von Albert Kropf

73 %

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Mai und Juni: öS 60.000

Besondere Verkäufe:
AZV-Kampagne: 120 Zeitungen
20. April Demo: 50 Zeitungen

Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: **Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!**



Neues
aus dem
CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) - Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Tschechien

StudentInnenproteste

Jüngste Sparmaßnahmen der Tschechischen Regierung betreffen insbesondere den öffentlichen Sektor. Die Universitäten haben ihre massiven Geldeinbußen postwendend an die StudentInnen weitergegeben: Mieterhöhungen von mehr als 50% für Heimplätze waren ihr erster Schritt.

StudentInnen reagierten mit der Gründung eines „Komitees zur Organisation von StudentInnenprotesten“. Nachdem das Komitee in Prag zwei erfolgreiche Demonstrationen mit hunderten TeilnehmerInnen organisiert hatte, starteten die Medien im Einklang mit Universitätsführung und Staatsrepräsentanten eine massive Propagandakampagne gegen die StudentInnen.

Diese ließen sich nicht beirren und organisierten einen mittlerweile fast 100%igen Zahlungsboykott: Nur 22 der 4.500 StudentInnen bezahlten ihre Miete für April. Die tschechische Sektion des CWI bittet um Solidaritätsschreiben. (Infos im SOV-Büro)

Südafrika

Gewerkschaftsbürokratie

schlägt zu

ArbeiterInnen bei BP Südafrika haben erfahren, was für einen Stellenwert „Demokratie“ haben kann. Die nationale Leitung der Gewerkschaft reagierte auf die Abwahl eines Funktionärs, die dessen Unfähigkeit, aber ebenso die „Freunderwirtschaft“ der Leitung anprangerte, mit bürokratischer Härte. Ihre „Hexenjagd“ auf kritische, engagierte Betriebsräte wurde von den ArbeiterInnen mit der Weigerung „Mitgliedsbeiträge zu bezahlen, beantwortet. Alle betreffenden Mitglieder wurden kurzerhand ausgeschlossen. Die ArbeiterInnen versuchen nun mit Unterstützungskomitees, Versammlungen und internationalen Aussendungen auf die Mißstände aufmerksam zu machen.

Dänemark

Generalstreik

Ende April traten fast eine halbe Million KollegInnen in einen unbefristeten Streik. Betroffen sind vor allem die gesamte Industrie und das Transportwesen. Ziel der Streikenden: Eine Woche mehr Urlaub. Es handelt sich um den ersten landesweiten Streik seit 13 Jahren. Der damalige Arbeitskampf wurde nach einem Verbot der Regierung beendet. Wir wünschen den dänischen KollegInnen viel Erfolg!

Australien - Wharfies

Kampf um Gewerkschaftsrechte!

2.100 australische Dockarbeiter (= Wharfies) wurden in der Nacht auf den 8. April von dem zweitgrößten Hafenverladeunternehmen Australiens, Patrick Stevedores, entlassen. Ein Gerichtsbeschluss ortete eine konspirative Verschwörung der Unternehmer gegen die Beschäftigten, an dem auch die Regierung beteiligt ist.

von **Tanja Böhm,**
SOV Wien Nord

Ein sechs Monate andauernder Konflikt der Hafnarbeiter-Gewerkschaft MUA (Maritime Union of Australia) mit den Bossen eskalierte in der Nacht auf den 8. April. Das Unternehmen Patrick Stevedores hatte 2.100 gewerkschaftlich organisierte Hafnarbeiter in einer Nacht- und Nebel-Aktion entlassen. 1.400 davon waren fest angestellt, 700 waren nur teilzeitbeschäftigt. Als Begründung für diese Entlassungen gibt Patrick Stevedores erstens die monatelange Streiktätigkeit der Hafnarbeiter an und zweitens seien die MUA-Mitglieder „arbeitsunwillig und ineffizient“.

Die Gewerkschaft kämpft

Die Hafnarbeiter-Gewerkschaft MUA führte schon seit Monaten einen konsequenten Kampf gegen die geplanten sozialen Verschlechterungen durch die konservative Regierung Howard und die Schifffahrtsgesellschaften. Diese wollen nämlich den Gewerkschaftseinfluß, die Löhne und die Nebenleistungsansprüche der Dockers und derer Familien kürzen. Die Regierung Howard ver-

suchte schon seit längerem den Einfluß der MUA zu brechen. Es war immer wieder die Rede von der Auflösung der MUA und der Entlassung aller organisierten Dockarbeiter.

ArbeiterInnen wurden ausgesperrt

Bei dieser Nacht- und Nebel-Aktion wurden von „paramilitärischen“ Einheiten, die Patrick Stevedores als seine Sicherheitsdienste einsetzte, gleichzeitig 17 Hafenalagen besetzt und die dort Beschäftigten ausgesperrt. Außerdem wurden Streikbrecher rekrutiert und 4 Tochterunternehmen auf die Konkursliste gesetzt.

Die MUA rief am 8. April 1998 ein Bundesgericht an und konnte einen ersten Erfolg vermelden: Das Gericht forderte Patricks auf, bis zur Klärung der Rechtslage, die entlassenen ArbeiterInnen wieder einzustellen. Der Richter vermutete in seiner Urteilsbegründung sogar, daß sich Patricks und die Regierung gegen die MUA verschworen hätte.

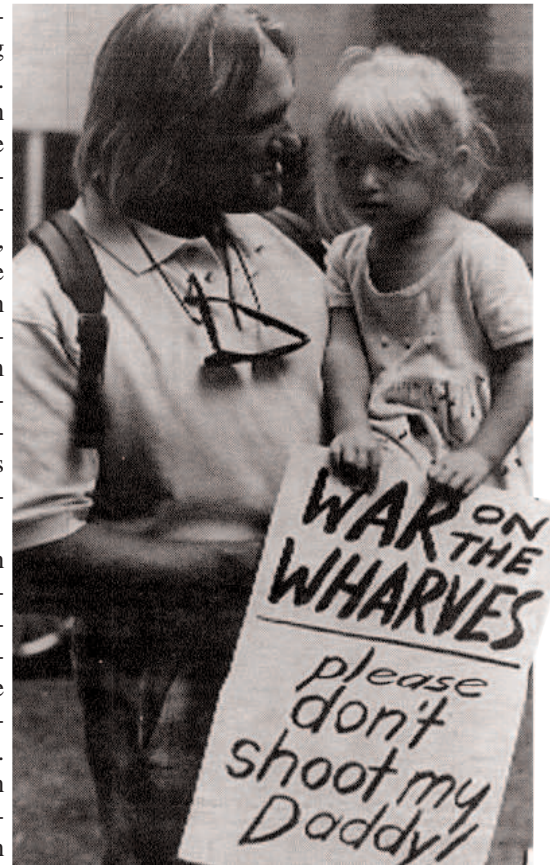
Doch die Freude über diesen ersten Erfolg währte nicht lange, denn schon nach 3 Stunden trat das Gericht erneut zusammen und gab dem Einspruch der Verladefirma nach. Der entscheidende Prozeß um die

Klärung der Rechtmäßigkeit der Massenentlassung beginnt erst am 28. Mai. Doch auch dieser Termin ist nicht sicher, denn die Situation ändert sich laufend. Schon das Gesetz alleine ist widersprüchlich, denn auf der einen Seite verwehrt es Entlassungen wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft (das aber ist im Fall von Patricks geschehen!), auf der anderen Seite sind Entlassungen aus „wirtschaftlichen“ Gründen zulässig.

Die Dockers, sowie deren Familienangehörige, pensionierte Dockers, SympathisantInnen und andere ArbeiterInnen blockieren die von Patrick Stevedores betriebenen Hafenanlagen. Solidaritätsbekundungen aus Japan, Kanada, Südafrika und den USA trafen schon bei den Dockers ein.

Internationale Bedeutung

Nachdem die Liverpooler Dockers ihren jahrelangen Kampf beendet haben, sprachen viele von einer großen Niederlage. Tatsächlich zeigt sich, daß in Liverpool eine neue Kampftradition begründet wurde, an welche die australischen Docker jetzt anknüpfen. Es ist enorm wichtig, daß



„Bitte, erschießt meinen Papa nicht!“

diese KollegInnen in ihrem Kampf um Gewerkschaftsrechte unterstützt werden.

Die ArbeiterInnenklasse steht vor einer entscheidenden Entwicklung: Die Unternehmer wollen uns international in das sozial- und arbeitsrechtliche „Steinzeitalter“ zurückwerfen. Dem versuchen wir durch konkrete Solidaritätsaktionen entgegenzuwirken.

Nordirland - Friedensabkommen

Einigung auf keine Lösung

Wenn sich Politiker auf der Suche nach Profilierungsmöglichkeiten mit - und ausschließlich mit - Vertretern sektiererischer Politik und Positionen zusammensetzen, kann dabei nur eines herauskommen: Neue Gremien, die im wesentlichen eine Institutionalisierung des Konfliktes, aber nicht dessen Lösung bedeuten.

von **Lisa Dumhs,**
SOV Wien Nord

Seit 2 Jahren verhandeln VertreterInnen der britischen und der irischen Regierung mit VertreterInnen verschiedener nordirischer Parteien. Es geht um ein Rahmendokument, in dem neue Strukturen für die Verwaltung und Politik Nordirlands festgelegt werden sollen. Am 10. April wurde ein vorläufiges Abkommen getroffen. Es beinhaltet keinen realen Lösungsansatz. Auch die Art des Zustandekommens der Einigung und die ersten Reaktionen der Konfliktparteien lassen keine Hoffnung auf ein tatsächliches Ende des seit 30 Jahren andauernden Krieges aufkommen.

„Unwürdige Terroristen“

Bis zum letzten Tag hat es keine direkten Verhandlungen zwischen UUP (größte Partei der Protestanten) und Sinn Fein gegeben. BeobachterInnen meinen, daß die willkürlich gesetzte Frist nur aus Angst vor Spaltungen innerhalb der beteiligten Parteien so strikt eingehalten wurde.

Dann hätte die Gefahr bestanden, daß eine Einigung später keine Mehrheiten gefunden hätte. 4 der 9 UUP-Parlamentarier verweigern bereits ihre Zustimmung. Radikale Gruppen beider Seiten drohen mit Anschlägen, kurz vor Ende der Verhandlungen fand ein politisch motivierter Mord in Derry statt.

„Friedensabkommen“

Inhalte und Formulierungen sind denkbar unverfänglich. Drei neue Institutionen sollen geschaffen werden: Ein nordirisches Parlament, ein Nord-Süd-Ministerrat und ein Rat der britischen Inseln. Die Gremien werden kaum tatsächliche Entscheidungsbefugnisse haben, trotzdem waren und sind die Widerstände dagegen massiv. Über die tatsächliche Durchführung entscheidet ohnehin erst eine Volksabstimmung. Frühere ähnliche Projekte sind regelmäßig gescheitert. Zum Nordirischen Parlament meinte Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter der Socialist Party aus Dublin: „Die alten Schauspieler auf einer neuen Bühne werden weiter das alte Resultat liefern.“ Das

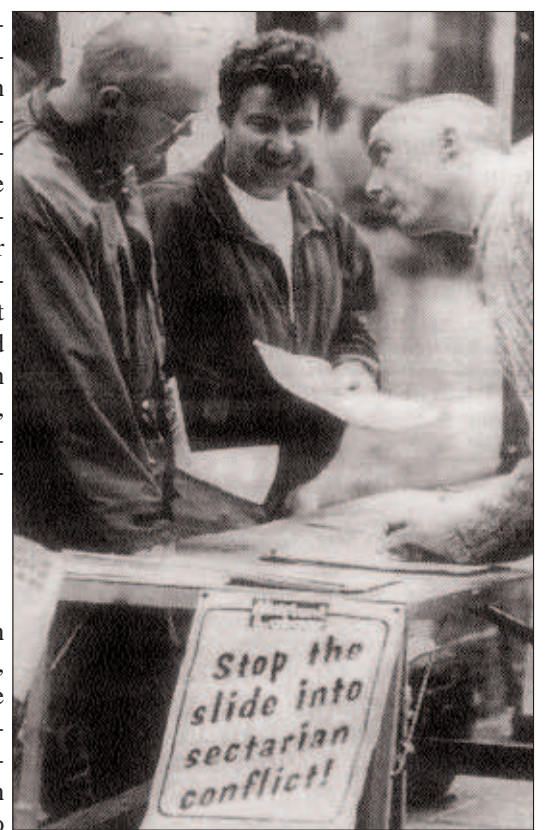
Parlament wird fast ausschließlich aus den Organisationen besetzt, die sich seit Jahren in den Friedensgesprächen um die Behandlung echter Probleme der Menschen herumdrücken und lieber über Strukturen und Parlamentsposten streiten. Die Front zwischen Protestanten und Katholiken wird dadurch einzementiert. Positiv ist, daß das Ausmaß der Anschläge wenigstens vermindert werden wird.

Erleichtert, skeptisch

Die Mehrheit der irischen Bevölkerung ist erleichtert, aber nicht euphorisch. Die Unterschiede sind offensichtlich: „Unionisten“ betonen, daß durch die neuen Gremien der Status Quo garantiert wird. „Republikaner“ interpretieren den Nord-Süd-Rat als ersten Schritt zu einem vereinten Irland.

Einheit der ArbeiterInnen

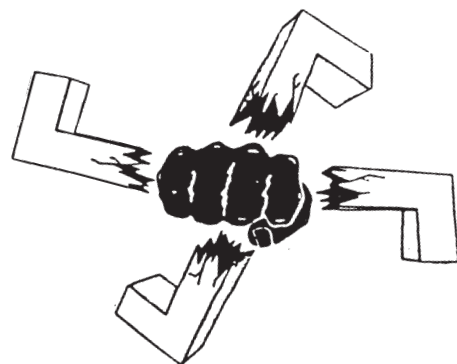
„Im Kapitalismus kann es keine wirkliche Lösung geben. Die Wahl, in welchem der beiden durch Armut gezeichneten Staaten man leben



Kampf gegen Spaltung der Arbeiterbewegung

möchte, bietet keine Alternative für ArbeiterInnen, egal ob Katholiken oder Protestanten“, meint Peter Hadden von der Socialist Party Nordirland.

Die Socialist Party kämpft für die Einheit der ArbeiterInnen, für den Aufbau einer Gewerkschaftsunion über die Grenze hinweg.



Burschenschafter 1848 - 1998

Konterrevolutionäre

Der Rückgriff auf die demokratischen Bestrebungen des Bürgertums des vorigen Jahrhunderts hat für die Burschenschaften vor allem einen Zweck: Daß diese Organisationen die Speerspitze der illegalen Nazibewegung der 1930er Jahre waren und heute der ideologische Kern des österreichischen Rechtsextremismus sind, soll übertüncht werden.

von Harry Mahrer,
SOV Wien West

Gerade die FPÖ-Führung versucht die Revolution noch für einen zweiten „historischen Beweis“ heranzuziehen. Die Legende von der „rührenden Waffengemeinschaft“ (Roland Girtler) der Studenten und Arbeiter soll beweisen, daß die ArbeiterInnen auch heute noch von „nationalliberalen Intellektuellen“ befreit werden. Hier soll legitimiert werden, daß sich große Männer als Anwälte der „kleinen Leute“ aufspielen. Die angebliche Waffenbrüderschaft der Studenten mit den Arbeitern war seitens der Studenten eine sehr einseitige Angelegenheit. Als Druckmittel gegen das Regime galt der „Pöbel“ als gut genug, als die Revolution allerdings drohte, soziale Forderungen in den Vordergrund zu stellen, war von einer „Waffengemeinschaft“ wenig übrig. Der Kaiser versprach bereits am ersten Tag der Revolution eine Verfassung und die Gewährung bürgerlicher Grundrechte. Am zweiten Tag stimmte er der Bewaffnung der Bürger „zum Schutz

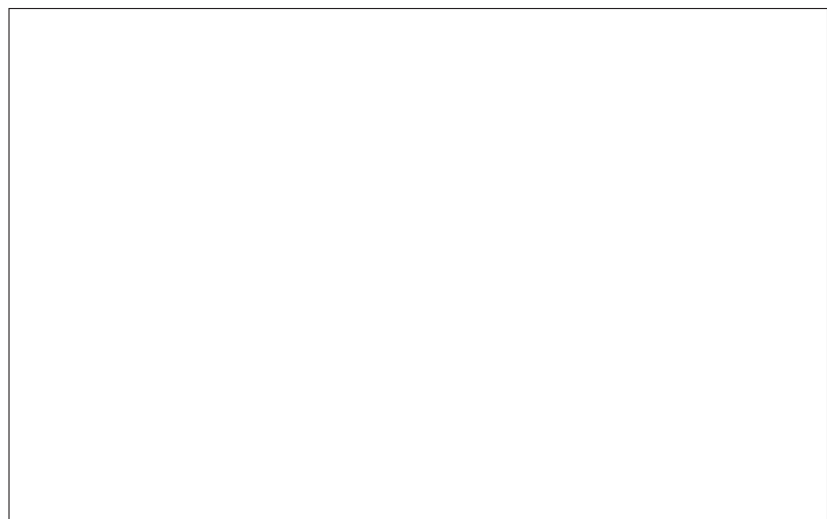
des Eigentums“ zu. Die ganze Revolution befand sich im Dilemma: Noch ehe der Adel aus dem Land gejagt war, befand sich die Bourgeoisie bereits im krassen Klassengegensatz zur ArbeiterInnenklasse. In der Revolution brach der „Kampf der Untertanen“, wie es Karl Marx bezeichnete, aus. Das Bürgertum war als politische Klasse noch nicht konstituiert. Angesichts der sozialen Revolution flüchtete das Bürgertum schnell zurück in die Arme des Kaisers und arrangierte sich. Der Aufstand des „Pöbels“ wurde brutal niedergemetzelt.

Die Rolle der Burschenschaften

Waren bei ihrer Gründung im Jahr 1815 eindeutig reaktionäre, völkische Deutschnationale rund um Friedrich Ludwig Jahn in der Mehrheit, wendete sich das Blatt in den 1830er Jahren. Radikaldemokratische StudentInnen gewannen unter dem Eindruck der Julirevolution von Paris 1830 die Oberhand. Im März 1848 stellten sie die Mehrheit. Sie formulierten den Begriff der Nation nach

französischem Vorbild im klaren Zusammenhang mit Demokratie. Sie riefen nach einer deutschen Republik. Die völkisch orientierten Deutschnationalen hingegen träumten im wesentlichen von einem geeinten deutschen Kaiserreich, dessen Feinde die Franzosen (= die Aufklärung) im Äußeren und die Juden und Jüdinnen (als fünfte Kolonne der Franzosen, weil Napoleon sie aus den Ghettos befreit hat) im Inneren darstellten. Im Verlauf der Revolution drängten die reaktionären Burschenschaften die radikaldemokratischen zunehmend zurück; auch das spiegelt den Rückzug des Bürgertums wider. Die Niederschlagung der Revolution zerschlug auch die radikaldemokratischen Traditionen der Burschenschaften. Nach der Revolution entschuldigten sich viele der „Revolutionsäre“ beim Kaiser damit, daß sie einer „französisch-jüdischen“ Konspiration aufgesessen seien.

Wenn sich die heutigen Burschenschaften auf diese Revolution beziehen so muß man sehen, daß sie nicht die Erben der damaligen Demokraten sind, sondern vielmehr das Produkt des nachträglichen Arrangierens mit dem Regime. Als 1918 dann die Republik erkämpft wurde, wetterten sie heftig gegen die „Diktatur des Pöbels“, den „Anschluß“ 1938 hingegen feierten sie als Erfüllung des „deutschen Traums“.



20. April 1998: 700 Jugendliche demonstrieren gegen Burschenschafter

Auf die Straße!

Wir dürfen am 16. Mai den Masenaufmarsch der Rechtsextremen nicht tatenlos zusehen. Deshalb hat sich auch bereits ein breites Bündnis gebildet, das eine Demonstration organisiert. Jugend gegen Rassismus in Europa / JRE und die Sozialistische Offensive Vorwärts / SOV sind natürlich dabei.

Demonstration

„Gegen den
Burschenschafterkommers!“
16. Mai; 18 Uhr
UniWien, Rampe

Widerstand lohnt sich!

Der Kampf gegen den Dichterstein Offenhausen, eines der größten Vernetzungstreffen von Ewiggestrigen und Neonazis, hat gezeigt, daß aktiver antifaschistischer Widerstand Wirkung zeigen kann.

Gegen den Verein „Dichterstein Offenhausen“, der die Treffen alljährlich organisierte, wurde offiziell wegen Verdachts auf nationalsozialistischer Widerbetätigung ein Verfahren eingeleitet und das Treffen untersagt. Ohne den Druck durch regelmäßige Protestkundgebungen wäre dies sicher nicht geschehen.

NATO - Nein, danke

„EU, WEU und NATO verbinden nicht nur gemeinsame Werte, sondern auch gemeinsame strategische Interessen, wie die Stabilisierung des frei gewordenen Mittel- und Osteuropas“ (Dr. E. Hochleitner, österreichisches Institut für Sicherheitspolitik). EU-„Sicherheitspolitik“ bedeutet also: Befriedung möglicher Konfliktherde durch NATO und WEU - mit militärischen Mitteln.

von Karin Wottawa,
SOV Wien Mitte

Offiziell ist für die österreichische Bundesregierung der NATO-Beitritt zur Zeit keine Option. Die Diskussion in den Parteispitzen und Medien entwickelt sich allerdings klar in Richtung NATO/WEU: Den Grünen ist zwar noch „alles andere lieber als die NATO“. Doch werden auch

hier die NATO-Befürworter á la Monika Langthaler lauter. Die Liberalen stehen klar für eine Mitgliedschaft in der WEU. Und die FPÖ will gemeinsam mit der ÖVP lieber heute als morgen eine Vollmitgliedschaft von Österreich bei der NATO sehen.

Die SPÖ ist zwar (noch) „nicht dafür“, denn Parteivorsitzender Viktor Klima will sich „nicht auf die NATO festschreiben“, sondern

„die bestehende Sicherheitspolitik konsequent weiterentwickeln“. Somit ist die Richtung auch für die SP-Spitze klar. Denn in der militärischen Praxis wird Österreich bereits seit Ende der Achtziger durch Teilnahme an der PFP (Partnership for Peace) und an „Kampfeinsätzen“ wie während des Aufstandes in Albanien sukzessive in die NATO integriert.

Minister Fasslabend wittert bereits budgetäre Morgenluft für das Bundesheer und will die Ausrüstung auf NATO-Erfordernisse bringen, um auf jeden Fall für einen Beitritt startklar zu sein. Wir lehnen den NATO/WEU-Beitritt klar ab. Denn damit wäre eine ge-

waltige innerstaatliche Aufrüstung, ein Berufsheer und eine Menge Geld für militärische Töpfe verbunden. Außerdem ist ein Beitritt mit einer Beteiligung an imperialistisch motivierten Kampfeinsätzen dann sicher.

Ist aber die Neutralität eine Alternative? Auch ein simples Festhalten an der „Neutralität“ kann da nicht helfen. Denn wie bereits in der Vergangenheit mehrmals demonstriert, ist die Auffassung von Neutralität erstens dehnbar, und zweitens immer im Interesse der Herrschenden. Denn waren am Anfang die Bedenken groß, ob ein eventueller EU-Beitritt wohl mit der Neutralität vereinbar ist,

war das am Ende kein Problem mehr - die Neutralität wurde einfach an das Anforderungsprofil der EU angepaßt. Wenig später erteilte man der NATO Überfluggenehmigungen, und Panzer im Dienste des US-Imperialismus rollten durch das Land. VP-Obmann Schüssel hält „konsequenterweise“ die Neutralität sogar mit einem NATO Beitritt vereinbar.

Gegen NATO-Integration schützt daher nicht die österreichische Verfassung und das Neutralitätsgesetz, sondern nur der gemeinsame Kampf mit NATO-GegnerInnen rund um den Globus.